Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6571**
16. Wahlperiode 05. 10. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 117. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 10. Oktober 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Zwischenberichts zur Evaluation des zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes, nach dem u. a. ein signifikanter Rückgang des persönlichen Kontaktes zwischen dem Berufsbetreuer und dem Betreuten konstatiert wurde, zeitnahe Veränderungen im Vergütungssystem für berufsmäßig geführte Betreuungen?

2. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung zu dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten, von den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD jedoch abgelehnten Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 16/2649), die Inklusivstundensätze für Berufsbetreuer jedenfalls insoweit zeitnah anzuheben, als diese aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 real abgesunken sind, um damit die Auskömmlichkeit der Vergütung, die Vorraussetzung für eine qualifizierte und hochwertige Betreuungsleistung durch hauptamtliche Betreuer ist, sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter **Peter Rzepka** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist über die in der Presseerklärung Nr. 07-058 vom 1. Oktober 2007 veröffentlichten steuerlichen Sachverhalte von zwei gegenwärtigen und einem ehemaligen Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie einem Berliner Rechtsanwalt durch den Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen gemäß § 30 der Abgabenordnung hergestellt worden?

4. Abgeordneter **Peter Rzepka** (CDU/CSU)

Welche Gründe hat der Finanzsenator für seine Absicht zur Veröffentlichung vorgetragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

5. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Warum sieht die Bundesregierung in der Einführung der doppelten Versicherungspflicht für Haupterwerbslandwirte und Bezieher von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II für den Bereich der landwirtschaftlichen Krankenkasse durch § 2 Abs. 1 Nr. 6 GKV-WSG eine notwendige Anpassung der Regelungen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an die der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung, obwohl bei der Beitragserhebung ganz unterschiedliche Parameter (tatsächlicher Lohn versus fiktiv errechnetes Einkommen aufgrund bewirtschafteter Fläche, Flächenwert etc.) zugrunde gelegt werden und es dadurch zu extremen Nachteilen für die Landwirte kommt?

6. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Wie verträgt es sich mit dem allgemein anerkannten Prinzip der Solidargemeinschaft, in der der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ein Haupterwerbslandwirt einer bestimmten Beitragsklasse, der als ALG-II-Empfänger nachprüfbar kein bzw. kaum eigenes Einkommen hat, den gleichen vollen Unternehmerbeitrag in die Krankenkasse zahlen muss wie ein Haupterwerbslandwirt, der ein ausreichendes Einkommen erzielt, obwohl die landwirtschaftliche Krankenkasse zusätzlich über die Arbeitsagentur einen pauschalierten Beitrag für den ALG-II-Empfänger erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Republik Polen zum laut Bundesverkehrswegeplan 2003 geplanten Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFriWa) und dem von der polnischen Seite geplanten Ausbau der Oder bisher erzielt?

8. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auf welchem Stand ist die Bearbeitung der die Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße (HoFriWa) betreffenden Fußnote im Bundesverkehrswegeplan 2003?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Behörden und Einrichtungen des Bundes protokollieren die IP-Adressen (Internet-Protocol-Adressen) oder weitere Daten der Personen, die die Internetseiten dieser Behörden und Einrichtungen aufrufen?
10. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Auf welcher Rechtsgrundlage hat das Bundeskriminalamt die IP-Adressen von Besuchern der Internetseite der Behörde gespeichert, und auf welcher Rechtsgrundlage wurde von deren Internetprovidern Auskunft über die zugehörigen Anschlussinhaber verlangt?
11. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Bundesministerien nebst nachgeordnetem Bereich speichern von Besuchern ihrer Internetseiten deren IP-Adressen, abgefragte Dateien oder Zugriffszeiten über die Dauer des jeweiligen Besuchs hinaus, wie etwa das Bundeskriminalamt es bei 417 Interessenten für die „militante gruppe“ allein binnen drei Wochen im März/April 2007 tat, und wird die Bundesregierung derartige Fangschaltungen sowie etwaige sicherheitsbehördliche Nachermittlungen über die Besucher – wie im genannten Fall des Bundeskriminalamts – nun kurzfristig und vollständig unterbinden, nachdem das Landgericht Berlin mit Berufungsurteil vom 6. September 2007 (Az. 23 S 3/07) dem Bundesministerium der Justiz derlei rechtskräftig verboten hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

12. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)	Inwiefern ist es auf der Grundlage der Föderalismusreform I möglich oder beabsichtigt, seitens der Bundesregierung auf die Ausgestaltung von Schulabschlüssen oder einer bundeseinheitlichen Lehrerbildung Einfluss geltend zu machen, und beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Föderalismusreform II die bundesstaatlichen Kompetenzen für den Bildungsbereich wieder zu erweitern?

13. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)

Wie sind die Aussagen unterschiedlicher Mitglieder der Bundesregierung zu werten, die sich in jüngster Vergangenheit zugunsten einer einheitlichen Regelung bei der Planung, Entwicklung und Durchführung von Abiturprüfungen ausgesprochen haben?

14. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie sichert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Abstimmung des von ihm angestoßenen Projektes der Bildungshäuser mit den von den Ländern in jeweils unterschiedlichen Fassungen beschlossenen Bildungsplänen für die frühkindliche Erziehung?

15. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wann genau wird das BMBF die in den „10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung“ für das kommende Jahr angekündigte Entscheidung über die Verlängerung der Zulassungsmöglichkeit von Absolventinnen und Absolventen berufsbildender Schulen zur Kammerprüfung treffen, und welche Studien und/oder Evaluationen sind von Seiten der Bundesregierung hierzu vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

16. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Stadium befindet sich derzeit der Ratifizierungsprozess zur UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderungen sowie zum Fakultativprotokoll, und kann die Bundesregierung einen Zeitpunkt angeben, wann der Ratifizierungsprozess voraussichtlich abgeschlossen sein wird?

17. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechnet die Bundesregierung im Zuge des Ratifizierungsprozesses der UN-Konvention sowie des Fakultativprotokolls mit Vorbehalten aus den Bundesländern, und falls ja, wie gedenkt sie damit umzugehen?

18. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche finanziellen Entlastungen würden sich bei Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8 Euro pro Stunde für den Bundeshaushalt jährlich ergeben?

19. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche finanziellen Entlastungen würden sich bei Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8 Euro pro Stunde für die sozialen Sicherungssysteme jährlich ergeben?

20. Abgeordneter **Jörg Rohde** (FDP)

In welchen konkreten Leistungsbereichen der Eingliederungshilfe sieht die Bundesregierung Einsparpotentiale für den Fall, dass sie bei der für diese Legislaturperiode angekündigten Reform der Eingliederungshilfe unter anderem auch das Ziel verfolgt, den fallzahlbedingten Anstieg der Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu bremsen bzw. zu stoppen, und sollte sie dieses Ziel nicht verfolgen, warum nicht?

21. Abgeordneter **Jörg Rohde** (FDP)

Welche Modelle einer Entlastung sind für die Bundesregierung denkbar, für den Fall, dass sie vor dem Hintergrund des von Experten erwarteten Kostenanstiegs für Leistungen der Eingliederungshilfe von 11,8 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf ca. 14,5 Mrd. Euro im Jahr 2010 es für notwendig ansieht, die Kommunen als Kostenträger der Eingliederungshilfe an dieser oder anderer Stelle finanziell zu entlasten, und sollte dies nicht der Fall sein, wie sollen bei gleichzeitigem Anstieg der Kosten Effizienz und Leistungsfähigkeit der Eingliederungshilfe zusätzlich ausgebaut werden?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333